

„ Es gilt das gesprochene Wort “

Paul Theo Sommer, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Bestwig

Redetext anlässlich der Haushaltsverabschiedung 2023 am 14.12.2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir leben in schwierigen Zeiten. Die Corona-Pandemie, die unser Leben in den letzten drei Jahren in hohem Maße beeinflusst hat, ist noch nicht gänzlich überstanden, da prasseln Probleme auf uns ein, deren Bewältigung große Kraftanstrengungen erfordern. Vor allem der Krieg Putins in der Ukraine hat unser aller Leben auf so vielfältige Art und Weise negativ beeinflusst, dass der Begriff „Zeitenwende“ voll berechtigt ist. Der brutale Überfall am 24. Februar hat bei den Menschen in der Ukraine viel Leid verursacht. Die gezielten Angriffe auf die Infrastruktur führen dazu, dass viele Bereiche des Landes vor allem jetzt im Winter nahezu unbewohnbar sind. Dass die Menschen nach Westen fliehen und viele auch in Deutschland ankommen, ist eine logische Folge dieses brutalen Krieges. Schon jetzt sind die Flüchtlingszahlen höher als in der Flüchtlingskrise 2015 / 2016. Den Menschen eine zumutbare Unterkunft zu geben, ist eine

Selbstverständlichkeit. Die Umsetzung wird für die Kommunen und natürlich auch für Bestwig immer schwieriger.

Die Menschen in Deutschland spüren vor allem die teilweise explodierenden Preise bei Energie und Lebensmitteln. Die Lebenshaltungskosten steigen und steigen. Der Staat hilft mit einer Vielzahl an Hilfspaketen. Aber am Ende muss alles finanziert werden. Niemand kann heute sagen, was das am Ende für Bundes- und Landeshaushalt und schließlich auch für die Kommunalhaushalte wie unseren in Bestwig bedeutet.

Die Zukunft ist unsicher.

Der Bürgermeister hat am 16. November den Haushaltsentwurf 2023 eingebracht. Nach Berücksichtigung der 2. Veränderungsliste (Stand 12.12.22) werden beim Ergebnisplan Erträge von ca. 23,47 Mio. € erwartet, bei Aufwendungen in Höhe von ca. 24,67 Mio. €. Das bedeutet einen Fehlbedarf in Höhe von rund 1,20 Mio. €.

Die Summe kann durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden. Der Haushalt ist also fiktiv ausgeglichen.

Bei den Erträgen kommt wieder ein Isolierungsgesetz zum Zuge. Das bisherige NKF-Covid-19-Isolierungsgesetz heißt nun NKF-Covid19-Ukraine-Isolierungsgesetz (NKF-CUIGZiel) Ziel dieses Gesetzes ist es, die pandemiebedingten Lasten und -neu- Kosten, die durch die Ukraine Krise verursacht wurden, wie z.B. die stark steigenden Energiekosten, in den kommunalen Haushalten nicht ergebniswirksam werden zu lassen Sie werden in einem isolierten Sonderhaushalt dargestellt.

Es fällt schwer, das als einen Ertrag zu begreifen. Mich erinnert das an den neuen Begriff „Sondervermögen“ auf Bundes- und Landesebene. Es sind Schulden, die in der Zukunft bezahlt werden müssen. Beginnend mit dem Haushaltsjahr 2026 können sie über längstens 50 Jahre abgeschrieben oder gegen das Eigenkapital

erfolgsneutral ausgebucht werden. Das zu entscheiden ist also eine Aufgabe in der nächsten Legislaturperiode.

Wie erwähnt, ist der Haushalt fiktiv ausgeglichen. Und fiktiv ist nicht strukturell. Und der strukturell ausgeglichene Haushalt sollte unser gemeinsames Ziel sein.

Wie die SPD-Fraktion im Haupt- und Finanzausschuss deutlich gemacht hat, wollen wir das nicht mit einer Liste der Grausamkeiten erreichen. Um das noch einmal deutlich zu sagen. Wir wollen nun wirklich nicht die Steuerhebesätze erhöhen, nicht die Förderung unserer Vereine einstellen oder Hallenbad, Turnhallen und Sportplätze schließen.

Uns freut, dass durch die guten Jahresabschlüsse der Haushaltsjahre 2017 bis 2021 die Gemeinde die Ausgleichsrücklage und die allgemeine Rücklage deutlich aufstocken konnte. Wir haben von wirtschaftlich guten Jahren und hohen Gewerbesteuererinnahmen profitiert, konnten mit Ablauf des Haushaltsjahres 2020 die Haushaltssicherungspflicht hinter uns lassen und es wurde hier in Bestwig eine seriöse Finanzplanung betrieben.

Aber die Rahmenbedingungen für einen Gemeindehaushalt haben sich nun innerhalb eines Jahres deutlich zum Negativen entwickelt. Die Krisen, die uns täglich vor Augen geführt werden, laufen nicht an Bestwig vorbei.

Da wir weiterhin den Haushalt wie viele andere Kommunen in NRW fiktiv ausgleichen können, wollen wir die Lage nicht dramatisieren, aber besorgt sind wir schon. Die Planzahlen für die Haushalte bis 2026 bedeuten eine Verringerung des Eigenkapitals in Höhe von ca. 3,14 Mio. €. Diese Planung sah im letzten Jahr noch ganz anders aus. Da waren Beträge aufgeführt, die deutlich niedriger waren, für 2023 und 2024 jeweils klar unter 200000 €.

Wie wir im Haupt- und Finanzausschuss dargestellt haben, müssen wir also reagieren, um langfristig, über die nächsten Jahre hinaus, erfolgreich sein zu

können. Die Gewerbesteuereinnahmen müssen gesichert, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort gehalten und weitere Einnahmequellen erschlossen werden.

Wir können in Bestwig das Rad nicht neu erfinden, aber wir können zumindest versuchen, mit dem Drehen an der ein oder anderen Stellschraube langfristig einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Die SPD-Fraktion steht da zur Verfügung hier konstruktiv mitzuarbeiten.

Zu den Gewerbesteuereinnahmen....

Um unsere Wirtschaftskraft steigern zu können, braucht es Unternehmen und die Unternehmen brauchen Flächen, um sich ansiedeln zu können. Wir sind in Bestwig leider nicht mit größeren geeigneten Flächen, die zu marktfähigen Preisen angeboten werden können, gesegnet. Das ist unserer heimischen Topografie geschuldet.

Eine Lösung kann ein „Interkommunales“ Gewerbegebiet sein. Als möglicher Standort kommt eine Fläche in Brilon, Am Nehdener Weg, in Betracht. Dort könnte gemeinsam mit Brilon und Olsberg ein solches Gewerbegebiet entstehen. Für uns alle irritierend, hat im August der Rat der Stadt Brilon mit hauchdünner Mehrheit seine Zustimmung verweigert, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Hochsauerlandkreises damit zu beauftragen, Grundlagen für ein gemeinsames interkommunales Gewerbegebiet zu erarbeiten.

Man muss jetzt schauen, wie es in dieser Sache weitergeht, vor allem wie die Bezirksregierung mit dieser Ablehnung umgeht.

Wie schon erwähnt, ist die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Hochsauerlandkreises in dieses Verfahren eingebunden. Wir würden es begrüßen und deshalb regen wir es an, wenn möglichst zeitnah der Leiter der WFG des HSK, nachdem er am 18. August d.J. schon einmal im Entwicklungsausschuss war, nochmals zu einer Fachausschuss- oder Ratssitzung eingeladen wird, damit wir die

aktuelle Sachlage erörtern können. In diesem Zusammenhang könnte auch unser Vorschlag aus dem Haupt- und Finanzausschuss, ein Wirtschaftsförderungsprogramm zu erstellen, diskutiert werden

Anregen möchte ich auch noch einmal eine gemeinsame Informationsfahrt durch das Gemeindegebiet, u.a. zu den Gewerbegebieten der Gemeinde, um die Bebauung und mögliche Erweiterung in Augenschein zu nehmen. Im Rahmen dieser Rundfahrt könnten auch noch andere Objekte, die Gegenstand unserer Beratungen sind, aufgesucht werden.

In der Haupt- und Finanzausschusssitzung haben wir im Zusammenhang mit der möglichen Reduzierung des strukturellen Defizits noch zwei weitere Vorschläge gemacht, nämlich.....

„Über das bestehende Wohnbauflächenkonzept hinaus eine Verbesserung der Bau- und Wohnsituation zu erreichen, um Anreize für Familien und andere Personen zu schaffen, die Gemeinde als attraktiven Lebensmittelpunkt wahrzunehmen, um die Einwohnerzahl produktiv zu steigern und so langfristig den Anteil an den Einkommenssteuereinnahmen zu erhöhen.“

Ich denke, da liegen wir, die Fraktionen und die Verwaltung, nicht auseinander. Das kann nur ein gemeinsames Ziel sein.

Dass das ein dickes Brett ist, zeigt ja die Einwohnerentwicklung in der Gemeinde. Hatten wir 1999, das Jahr, in dem ich in den Rat gekommen bin, 12.063 Einwohner, so waren das am 31.12.2021 nur noch 10556, also 1507 Einwohner weniger. Das ist knapp die Einwohnerzahl von Nuttlar.

Es sind manchmal die kleinen Schritte, die einen weiterbringen und für Erfolgserlebnisse sorgen. Es wäre mehr als wünschenswert, wenn wir die Entwicklung der Einwohnerzahlen zumindest ein wenig umdrehen könnten und vielleicht die 11000-Einwohner-Schwelle wieder überschreiten oder ihr zumindest näherkommen.

Unser dritter Punkt aus dem Haupt- und Finanzausschuss ist die Beteiligung der Gemeinde an einer kommunalen Energieerzeugungsgesellschaft für regenerative Energie (Unser Antrag vom 15.11.22), um den Anteil der Gemeinde Bestwig an der Bekämpfung des Klimawandels zu erhöhen und gleichzeitig mit Einnahmen davon profitieren.

Wir schauen mit unserem Antrag über die Grenzen der Gemeinde Bestwig hinaus. Die Bundesregierung plant aufgrund der Klimaveränderungen und der aktuellen Situation auf dem Energiemarkt einen erheblichen Ausbau der regenerativen Energien. Auch das Land NRW hat den massiven Ausbau der Windkraft angekündigt. Wir unterstützen mit unserem Antrag eine Initiative der SPD-Kreistagsfraktion.

Das durch die Landesregierung aufgehobene Verbot von Windenergieanlagen im Wald schafft für die Kommunen gerade auf den Kalamitätsflächen neue Möglichkeiten. Ein gemeinschaftlicher Ansatz aller beteiligungsbereiten Kommunen führt dazu, dass die erhebliche Wertschöpfung in diesem Bereich den Kommunen und ihren Bürgern zu Gute kommt. Die Kommunale Erzeugungsgesellschaft kann eine reale Bürgerbeteiligung ermöglichen. Ein Windpark Plackweg von Neheim bis Brilon könnte ein erstes derartiges Projekt darstellen.

(Unser ursprünglicher Wunsch hier in Bestwig, den Arnsberger Wald freizuhalten, kann ja aufgrund der neuen Rechtslage nicht mehr aufrecht erhalten werden.)
Alle Kommunen, auch jene die derzeit keine entsprechenden Flächen zur Verfügung stellen können, sollten sich beteiligen.

Erfreulich für die Bürgerinnen und Bürger ist die Entscheidung, dass in Bestwig die Steuern stabil bleiben. Das ist in dieser schwierigen Zeit das richtige Zeichen.

Die Erhöhungen bei der Winterdienstgebühr, Abfallentsorgungsgebühr und einzelnen Positionen bei den Friedhofsgebühren sind notwendig und nicht zu vermeiden.

Der Gewerbesteueransatz wurde um 200000 € auf 5,2 Mio. € erhöht. Wie im letzten Jahr nenne ich das eine Mischung aus Realismus und vorsichtigem Optimismus.

Obwohl die Steuerkraft der Gemeinde gestiegen ist, können wir bei den Schlüsselzuweisungen einen um rund 350000 € höheren Ansatz bilden, auf 2,413 Mio. €. Hier wirkt sich die Erhöhung der gesamten verteilbaren Finanzausgleichsmasse aus. Das ist erfreulich.

Bei den Transferaufwendungen sind die Kreis- und Jugendamtsumlage wieder der dickste Brocken. Auch dieses Mal nehmen wir die riesige Summe wieder grummelnd zur Kenntnis.

In diesem Jahr zahlen wir zusammen über 9 Mio.€, fast 869000 € mehr als im Vorjahr.

Beide, allgemeine Kreisumlage und Jugendamtsumlage, steigen gegenüber dem Vorjahr also wieder deutlich, allg. Kreisumlage auf rund 5,4 Mill. €, Jugendamtsumlage auf rund 3,6 Mill. €.

Ich habe schon einmal darauf hingewiesen. Die Jugendamtsumlage ist in den letzten Jahren förmlich explodiert.

Zur Erinnerung...bei der Jugendamtsumlage zahlten wir 2015 1.844.274,38 €, 2020 waren es 2.864.460 € und nun 3.609.400 €, eine enorme Steigerung von über 1,7658 Mio. €. in 8 Jahren, fast eine Verdoppelung .

Offensichtlich werden die Fälle, wo Familien, Kindern und Jugendlichen geholfen werden muss, schwieriger, dauern länger und werden komplexer. Wohl auch eine gesellschaftliche Entwicklung, die uns voll erwischt hat. Und die massiven Einschränkungen der Corona-Pandemie in den letzten drei Jahren haben beim sozialen Miteinander die negative Entwicklung sicherlich nicht positiv beeinflusst.

Ist mit einer weiteren Steigerung der Umlagekosten zu rechnen?

Es wäre interessant, mal vom HSK- Jugendamt direkt zu erfahren, wie eine solche Kostensteigerung zustande kommt und wo das viele Geld eingesetzt wird.

Vielleicht könnte ein Mitarbeiter des Jugendamtes mal zu uns nach Bestwig kommen und in einer Rats- oder Ausschusssitzung berichten.

Wie wir bereits im Haupt- und Finanzausschuss mitgeteilt haben, sind wir mit den vom Bürgermeister bei der Einbringung des 2023er Haushalts aufgeführten und vom Kämmerer näher erläuterten Investitionen und Maßnahmen einverstanden.

Dazu einige Anmerkungen:

Straßenbaumaßnahmen (1,825 Mio €)

Bei den Straßen müssen wir daran denken, dass sehr viele Straßen im Gemeindegebiet in einem schlechten Zustand sind und saniert werden müssen. Das ist nicht nur eine Aufgabe für das nächste Jahr sondern auch für die folgenden Jahre. Da muss maximal das getan werden, was finanziell, personell und technisch möglich ist.

Und ich muss da noch einmal, ich hoffe zum letzten Mal, auf das Hickhack bei den KAG-Maßnahmen kommen. Es wäre schön, wenn die Landesregierung die Unsicherheiten bei den Anliegerbeiträgen endlich beseitigen würde. Laut Ministerin Scharrenbach wird ja zurzeit ein von der Landesregierung in Auftrag

gegebenes Gutachten zu den Straßenausbaubeiträgen ausgewertet und 2023 soll ein Gesetz zur Abschaffung der Beiträge folgen.

Franz Beckenbauer würde sagen: „Schaun mer mal“

IT-Infrastruktur im Bürger- und Rathaus (515000 €)

Davon profitieren nicht nur die Beschäftigten im Rathaus sondern auch die Bestwiger Bürger und die politischen Gremien.

Grunderwerb für Wohnungsbau (500000 €)

Hier geht es um unser im Oktober beschlossenes Wohnbauflächenkonzept. Dazu habe ich mich ja bereits geäußert.

Investitionen in Schulen (288000 €)

Bei allen unseren Grundschulen gilt weiterhin: Der Bestand ist in den nächsten Jahren gesichert.

Hier zu investieren ist gut angelegtes Geld. Absolut erforderlich ist die geplante Sanierung der Toiletten in der Grundschule Nuttlar.

Beim Schulzentrum läuft der Teilstandort der Sekundarschule Olsberg-Bestwig zum Ende des Schuljahres 2023/24 aus.

Und in dieses Schulgebäude ist ja in den letzten Jahren viel Geld investiert worden.

Nachdem 2020 die Bildungsakademie für Therapieberufe in den Westflügel eingezogen ist, nutzen ab August 2023 die Hauptschüler aus Meschede für 2 Jahre den Ostflügel.

Es bleibt zu hoffen, dass nach dem endgültigen Auslaufen der Sekundarschule und der Rückkehr der Hauptschüler nach Meschede das komplette Gebäude auf Dauer einer sinnvollen und nachhaltigen Nutzung zugeführt wird und kein Leerstand entsteht.

Investitionen für Photovoltaikanlagen auf gemeindlichen Gebäuden (237000€)

Zunächst mal ist das eine gute Idee, auf gemeindeeigenen Dächern Photovoltaik zu errichten. Dass der Ökostrom-Anteil an der Energiegewinnung gesteigert werden muss, um die Klimaziele zu erreichen ist ja unstrittig und da sollten wir, wo es geht und finanziell machbar ist, unseren Beitrag leisten. Aber hier sind uns einfach die Herstellungskosten davongelaufen. Die Wirtschaftlichkeit ist nicht mehr gegeben. Die hierfür vorgesehene Investitionssumme im Haushalt zu belassen ist richtig. Wir können investieren, müssen es aber nicht.

Dass Kosten davonlaufen, zeigte zuletzt auch die Renaturierungsmaßnahme Hennenohl II . Bei solchen Maßnahmen ist den vergangenen Jahren ja viel Sinnvolles und Nachhaltiges entstanden. Aber irgendwo sind Grenzen und wir können nicht alles aus dem Gemeindehaushalt finanzieren.

Ich komme zum Fazit meiner Ausführungen.

Die SPD-Fraktion stimmt der vorgelegten Haushaltssatzung mit den beiden Veränderungslisten zu.

Es bleibt mir noch, mich –auch im Namen der gesamten SPD-Fraktion- bei Bürgermeister Ralf Peus und dem neuen Kämmerer Roland Burmann für die gute Zusammenarbeit zu bedanken. An dieser Stelle auch noch einmal ein Gruß an den ausgeschiedenen Kämmerer Klaus Kohlmann, mit dem wir in den vielen Jahren seiner Amtszeit immer gut zusammengearbeitet haben.

Danke sagen wir auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rathaus für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr.

Und auch Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen, der CDU-Fraktion und der Grünen-Fraktion sagen wir Dankeschön für die Zusammenarbeit. Es war immer möglich sich nicht nur hier im Rathaus, sondern auch außerhalb dieses Hauses bei vielen Gelegenheiten sachlich und menschlich vernünftig zu begegnen.

Ich wünsche Ihnen allen eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr 2023.

Danke für die Aufmerksamkeit!